

Wahlkreis
Kaiserstr. 17
74072 Heilbronn
Telefon: 07131/1201148
Fax: 07131/8877088
ulrich.schneider@wk.bundestag.de



Ulrich Schneider
Mitglied des Bundestages
Sprecher für Jugendpolitik und
Bürgerschaftliches Engagement

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227-72161
Fax: 030/227-76161
ulrich.schneider@bundestag.de

Freiwilligendienste sind Projekt der Zivilgesellschaft

Freiwilligendienste sind eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements. Bündnis 90/ Die Grünen lehnen die Verstaatlichung von Freiwilligendiensten ausdrücklich ab. Die Freiwilligendienste müssen in zivilgesellschaftlicher Ausrichtung und Organisation weiterentwickelt werden. Sie müssen ihr Profil als Lern- und Orientierungsdienste weiter schärfen und in diese Prozesse die Freiwilligen aktiv mit einbeziehen. Die Vielfalt in Freiwilligendiensten wächst. Diese Vielfalt ist zunächst begrüßenswert, dennoch darf dies nicht zulasten von Qualität in der pädagogischen Begleitung, der Freiwilligen selbst, kleinerer Einsatzstellen und Träger oder der administrativen Organisation gehen.

Qualität volle Bildungsangebote und pädagogische Begleitung sind mit das wichtigste Kriterium der Freiwilligendienste. Gerade die aktuellen Zahlen des Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) und der Hertie School of Governance zeigen, dass insbesondere im Bundesfreiwilligendienst die Anforderungen eines Lern- und Orientierungsdienst sowie guter pädagogischer Begleitung noch lange nicht erfüllt sind. Dies hat sicherlich damit zu tun, dass viele der Einsatzstellen vorher ausschließlich Zivildienstleistende betreut haben und keine Freiwilligen. Gleichzeitig ist aber auch die Doppelrolle der Bundesregierung beim Bundesfreiwilligendienst und der staatlichen Organisation mit der Zentralstelle Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) sowie der Bildungszentren der Qualität nicht förderlich. Der Bundesarbeitskreis FSJ fordert zurecht, dass Bildung und Bildungsqualität subsidiär organisiert werden müssen.

Die Bundesregierung muss die Organisation aller Freiwilligendienste auch deshalb subsidiär organisieren, um ihrer Kontrollfunktion gerecht zu werden. Das Bundestutoriat für das Freiwillige Soziale Jahr ist nur eine Möglichkeit. Nur wenn die Bundesverwaltung selbst keine Plätze anbietet, kann eine Schiedsstelle oder ein Bundestutoriat eine Kontrollfunktion für alle Freiwilligendienste wahrnehmen und ist nicht in einer Doppelrolle gefangen. Ebenso unterstützen wir die selbstorganisierten Initiativen der Zivilgesellschaft wie z.B. „Qualität in Freiwilligendienste“ (Quifd). Auch muss es darum gehen die Freiwilligen stärker aufzuklären und sie ihre Interessen vertreten zu lassen.

Was die administrative Verwaltung angeht, muss diese wieder auf ein vernünftiges Maß zurück geführt werden. Die wirtschaftliche Verwendung der Mittel, die der Bundesrechnungshof einfordert und die Kritik des Bundesrechnungshofs an der Förderung des FSJ, darf nicht in einem unsinnigen Verwaltungsaufwand münden. Hier gibt es Möglichkeiten mit weniger Aufwand der Bundeshaushaltsordnung gerecht zu werden. Fördergelder dürfen nicht für unnötige Personal- und Verwaltungskosten verschwendet werden, statt sie ihrem eigentlichen Zweck zu zuführen.

Als letztes möchte ich noch einmal eine Vision der Freiwilligendienste zeichnen, wie sie bereits in meinem Beitrag in der ersten Ausgabe von VOLUNTARIS angeklungen ist. Wir dürfen nicht auf der nationalen Organisation der Freiwilligendienste verharren. Der Austausch vor allem innerhalb der europäischen Zivilgesellschaft ist aktueller denn je. Die Zustimmungswerte für die Europäische Union sinken. Wir brauchen einen Austausch der Bürgerinnen und Bürger Europas und der Welt, deshalb müssen wir die Austausch bzw. Incoming-Perspektive der Freiwilligendienste dringend stärken.